

Die französische „Amnestie“.

Deutsche in französischer Haft.

Berlin, 7. Aug. Nach französischen Mitteln sind in den letzten 23. Juli folgende deutsche Staatsangehörige in französischen Gefängnissen: 1. politische Gefangene 12, hiervon 6 in Untersuchungshaft, 2. Strafgefangene infolge gemeiner Verbrechen 495, hiervon 107 in Untersuchungshaft, 3. Strafgefangene infolge gemeiner Verbrechen 495, hiervon 184 in Untersuchungshaft. Diese Zahlen erscheinen äußerst niedrig. Eine Nachprüfung ist aber von hier aus nicht vorzunehmen. Bemerkenswert ist die besondere Unterabteilung der wegen Mitgliedschaft in geheimen Verbänden verurteilten Deutschen, die also von den Franzosen nicht zu den politischen Gefangenen gezählt werden und also auch nicht die kleinen Vorteile derselben genießen. Aus der Aufstellung geht ferner hervor, daß von den feinerseitigen Waffenverboten von Mitgliedern des J. u. d. deutschen Ordens nur etwa die Hälfte abgeurteilt ist, die andere Hälfte hat seit sechs Monaten in Untersuchungshaft, und zwar in Einzelhaft. Außerordentlich hoch erscheint die Zahl der wegen angeblich gemeiner Verbrechen verurteilten bzw. Untersuchungshaftgefangenen. Es entsteht die Frage, was die Franzosen eigentlich unter gemeinen Verbrechen verstehen.

Schupoauptmann Pohl noch im Gefängnis.

Berlin, 6. August. Von den französischen Machthabern wird immer wieder die Nachricht verbreitet, die vielfach in deutsche Journale übernommen wird, daß jetzt alle politischen Gefangenen frei seien. Demgegenüber sei festzustellen, daß beispielsweise der Hauptmann Pohl noch immer im französischen Gefängnis Tulle/Lozère/Decourdouille in der Umkleekammer, Hauptmann Pohl, ein Kette des bekannten verstorbenen Admirals, liegt in Ausübung seines schwierigen Dienstes als Erbe einer rechtmäßigen Regierung bei der Separationserhebung auf Landesverträge stehen. Seine Unterfertigung brachte ihm die Strafe eines Schwereverbrechens von 5 Jahren Zuchthaus ein. Während vor kurzem seine im Tulle/Lozère/Decourdouille durch die Franzosen verurteilten Kameraden in Freiheit gesetzt wurden, hält man ihn weiterhin gefangen, obne hierfür einen Grund zu haben.

Forderungen der Cupener Demokraten.

Prüffel, 6. August. Am Sonntagabend haben die Demokraten in Cupen in einer Versammlung eine Entschließung angenommen, in der sie die vollkommene Gleichberechtigung der deutschen Sprache mit der französischen und holländischen fordern. Ferner verlangen die Versammlung die Sicherstellung der sozialen Gerechtigkeit und überhaupt volle politische Gleichberechtigung mit den Belgiern aus dem alten Belgien. Außerdem vor allem, daß auch die Kriegswunden unverzüglich nach dem Gesetz behandelt werden und daß eine Verringerung des belgischen Beamtenbesatzes im Reich Cupen erfolge. (W. T. B.)

Die Abbaugesfahr für die Eisenbahnen aus dem Gulachen.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)

Berlin, 7. August. Wie wir erfahren, sind von den deutschen Eisenbahnerorganisationen Schritte bei der Reichsregierung unternommen worden, um die Reichhaltung des jetzigen Beamten- und Arbeiterstandes bei einer Internationalisierung sicherzustellen. Die Eisenbahner behaupten, daß nach einer amerikanischen Preisermäßigung der Prosentatz des Abbaues 30 Prozent betragen soll.

Wie Köllin verhaftet wurde.

Paris, 7. August. Zur Verhaftung des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Köllin wird aus Verriers gemeldet, daß die belgische Polizei Sonntag vormittag die Nachricht erhielt, Köllin werde unter falschem Namen in Verriers wohnen. Darauf wurden vier Verdächtige in Blot in die Versammlung geschickt. Sie versuchten, Köllin zu verhaften, als er eben seine Rede begonnen hatte. Aber sofort wurde die elektrische Beleuchtung ausgeschaltet. Es kam zu einem gefährlichen Tumult. Die Verdächtige verließen die Versammlung und konnten Verhaftung herbeiführen. Köllin versuchte zu entkommen. Einer der Verdächtige verlor im einen Stieb mit dem Gummihüpfel, worauf er unter harter Bewachung zum Posthof gebracht werden konnte.

Abbau der Gütertarife.

Eine Entschließung im Reichseisenbahnrat.

Berlin, 6. August. Der Reichsverkehrsminister hatte den ständigen Ausschuss des Reichseisenbahnrats zum 5. d. M. berufen, um in diesem Sachverständigenrat eine allgemeine Aussprache über die Gütertarifpolitik der Reichsbahn herbeizuführen. Nach Eröffnung der Sitzung durch den stellvertretenden Vorsitzenden Geheimen Oberregierungsrat Vogel gab der Reichsverkehrsminister Ober einen Überblick über die Entwicklung der Reichsbahn im letzten halben Jahre, über die innen- und außenpolitischen Zusammenhänge, insbesondere die Fragen, welche die augenblickliche Tarif- und Finanzpolitik der Reichsbahn bestimmen. An die Referate der Verwaltung über die Finanz-, Tarif- und Verkehrslage schloß sich eine eingehende ausgedehnte Erörterung, deren Ergebnis in einer einstimmig angenommenen

Entschließung

aufgenommen wurde, wonach zur Wiederbelebung der Gesamtwirtschaft sowohl wie auch im Interesse der Eisenbahneinnahmen ein sofortiger, jedoch vorläufiger Abbau der Eisenbahngütertarife erforderlich erscheine. Die Aufrechterhaltung der heutigen Tarife würde bestimmt zum weiteren Rückgang der Eisenbahneinnahmen führen. Deshalb empfehle sich die alsbaldige weitestmögliche Ermäßigung der Tarife für Rohstoffe als wichtigstem Maßstab. Die Ermäßigung der übrigen Tarife erfolge dem Ausschuss ebenfalls empfohlen. Jedoch müsse deren Form, Ausmaß und Zeitpunkt von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Reichsbahn abhängig gemacht werden. Die Tarifierung der einzelnen Güter soll nach Maßgabe der wirtschaftlichen Bedürfnisse nachgeprüft werden. Zum Schluß wurden einzelne Tarifanträge für Obereschlossen beraten. (W. T. B.)

Aufwertung ganz unmöglich!

Berlin, 6. Aug. Wie die „Volk. Sta.“ mitteilt, trifft die Reichsbahn, wonach eine amtliche Erklärung der Reichsregierung über die Aufwertung der öffentlichen Anleihen bevorzugen, nicht zu. Auch jetzt habe die Reichsregierung noch daran fest, daß eine Aufwertung eines unzulässig sei. Auch sei es nicht richtig, daß von der Reichsregierung die Anleihen an der Berliner Börse zurückgekauft worden seien. Ebenso werde von der preussischen Regierung bemerkt, daß preussische Anleihen an inländischen oder ausländischen Börsen von der Reichsregierung zurückgekauft wurden.

Der neue türkische Botschafter.

Berlin, 6. Aug. Zum türkischen Botschafter in Berlin ist, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, Kamil Efendi Sami-Pascha ernannt worden.

Die Kriegsschuldfrage im französischen Licht.

Trotzdem sich durch Veröffentlichung unserer wie auch immer mehr der feindlichen Dokumente über die Zeitperiode, die zum Ausbruch des Weltkrieges führte, der Schleier lüftet und unsere Schuld am Kriege entkräftet, verliert die französische Besetzung im Einbruchgebiet mit Hilfe von militärischen Befehlen der dortigen Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen, um ihr und unserer Regierung die Raylosigkeit solcher außenpolitischen Bemühungen klar zu machen. So hat neuerdings, auf Befehl des Generals Jacquodmot, Kommandant der 77. französischen Division, die „Deutsche Bergwerkszeitung“ in Essen am 28. d. Mts. einen Artikel: „Was das deutsche Publikum von der Schuldfrage weiß“, von der französischen Besatzungsbehörde berufen. In diesem stützt sich die französische Besatzungsbehörde auf unsere Bevölkerung u. a. mitzuteilen.

Daß der Gedanke unserer Regierung, die Kriegsschuldfrage zu stellen, ein sehr unglücklicher war, bei dessen Ausführung sie nur vereiteln kann. Die deutsche Regierung wird sich aber über den Endfolg kaum einer Täuschung hingeben, und dieses Manöver hat mehr einen innerpolitischen Sinn, als einen diplomatischen. Wenigstens so wie bei Kriegsausbruch die Schluß sein wollenden Anträgen nach dem Beständnis der damaligen Machthaber eher dazu beizutragen waren, beim deutschen Volk den Glauben an die Unschuld der eigenen Regierung zu erzeugen, als die Mit- und Umwelt davon zu überzeugen. Genau so ist jetzt die mit allen Mitteln betriebene „Kriegsschuldfrage“-Propaganda ein Glied für Innengebrauch. Denn wenn die Reichsregierung und ihr ganzer Presseapparat und dazu noch die Presse der Reichsopposition die hoffnungslose Lage der „Kriegsschuldfrage“ wieder aufdreht, so geschieht es nicht so sehr, um das Ausland von der deutschen Unschuld zu überzeugen und auf Grund dieses Beweises die Reparationslast abzulehnen, sondern vielmehr, um die Massen des eigenen Volkes hinter dieselben Führer zu scharen, die sie gerade vor zehn Jahren mit demselben Vertrag in das wahnwitzige Abenteuer führten. Das Hauptmerkmal aller dieser Artikel über die „Kriegsschuldfrage“ ist der vollständige Mangel an Beweisführung für die aufgestellten Behauptungen, denn jeder deutsche Bürger ist jetzt schon oder wird bald infolge dieser Färbung seiner Denks- und Kritikkräfte durch seine Presse selbstständig davon überzeugt, daß die kaiserliche Regierung von 1914 am Kriegsausbruch unschuldig war. Die meisten Zeitungen der besetzten Gebiete, die in den letzten Wochen, den Winken des Reichspropagandisten folgend, auch in „Schuldfrage“ gemacht hatten, drücken von den berühmten Dokumenten keine Zeile ab. Und diese Dokumente aus den deutschen Archiven haben nicht, wie in den Artikeln behauptet wird, die deutsche Unschuld bewiesen, sondern sind für die kaiserliche Regierung von vorne bis hinten niedergerichtet. Leichtest macht es sich natürlich eine „Bergwerkszeitung“, wenn sie einfach schreibt: Alles, was an Material aus Tageslicht gekommen ist, hat uns entlassen! Den Beweis zu dieser Behauptung bleibt sie mit gutem Grund schuldig.

Soweit die Ausführungen des französischen Verordnungsbefehls, die aus neue Beweise, wie man von dieser Seite aus ängstliche bemüht ist, feststehende Tatsachen in ein Nichts zerrennen zu lassen, damit Frankreichs Imperialismus nicht Schiffbruch erleidet. Es würde zu weit führen, diesem Ergruß der französischen Behörden sachliche Beweise entgegenzusetzen. Wir wollen uns damit begnügen, dem Herrn General Jacquodmot dringend zu empfehlen, die Veröffentlichungen seiner eigenen Landeute zu diesem Kapitel einmal zu studieren. Wenn ihm auch diese nicht genügen sollten, so dürfte es für ihn von einigem Interesse sein, was J. Wolowski in Saffonoff am 20. Juli 1914 aus Paris schrieb und aus dem einwandfrei hervorgeht, daß alle Versuche unseres damaligen Vorkriegsregimes, Frankreich zu veranlassen, maßgebend auf Petersburg einzuwirken, mit Entschiedenheit abgelehnt wurden. Wolowski schreibt u. a. wörtlich: „Man gab mir nach Ankunft von neuem die absolut verbindlichsten Zusicherungen. Ich bin der Überzeugung, daß, wenn wir jetzt vorwärts gehen, wir weder von Frankreich noch sicher auch nicht von England im Stiche gelassen werden. Die ganze öffentliche Meinung hier ist für den Krieg gewonnen. Selbst der weltweite größte Teil der Sozialdemokraten. Aus politischen Gründen und namentlich um England und vielleicht auch Italien den sofortigen Eintritt in den Krieg zu erleichtern, ist es sehr wichtig, daß die Kriegserklärung von Deutschland ausgeht. Wir haben alle Einzelheiten für diesen Fall besprochen.“

Angekündigte Rede des Reichskanzlers.

Berlin, 6. August. Ein Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ aus Münster stellt entgegen Gerüchten, daß wegen der Londoner Reise des Reichskanzlers der für Sonntag angekündigte Besuch des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in Münster in Westfalen nicht stattfinden könne, fest, daß der Besuch des Reichspräsidenten, der von einigen Ministern begleitet sein wird, auf alle Fälle stattfindet. Der Besuch des Reichskanzlers sei nur dann in Frage gestellt, wenn die Londoner Beratungen bis Sonnabend nicht abgeschlossen seien. Man glaube aber, und der Reichskanzler sei selbst fest davon überzeugt, daß die Londoner Beratungen bis Sonnabend, spätestens am Sonnabend selbst zu Ende geführt seien. Der Reichskanzler lege großen Wert darauf, über das Ergebnis der Londoner Verhandlungen in Münster öffentlich zu sprechen. Er werde, selbst wenn die Verhandlungen erst am Sonnabend zu Ende gehen sollten, seine Heimreise zu beschleunigen, daß er seine Rede am Sonntagabend in Münster halten kann. Am Montag will der Reichskanzler, wie schon mitgeteilt, bei der Verfassungsfest in Reichstagsreden sprechen.

Empfang der Amerikaner beim Greifhörn v. Malghahn.

Berlin, 7. Aug. Eine Abordnung der amerikanischen Geistlichen und Hochschulprofessoren wurde gestern auch vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Malghahn als Vertreter des in London weilenden Außenministers Dr. Stresemann empfangen. Der Staatssekretär bezeugte den Besuchenden großes Interesse für ihre dankenswerten Bestrebungen und versprach vollste Unterstützung.

Reichsbanner Schwarz-rot-gold marschieren vorbei.

Berlin, 7. August. Die Verfassungsfest der Reichsbanner Schwarz-rot-gold fand hier am Sonntag vormittag im großen Schauspielhaus statt. Es werden Redner der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokratie sprechen, weiter auch die bisherige völkerverfeindliche Reichstagsabgeordnete Frau von Heim. Der Zug der Fahnen wird sich unter Vermeidung der Bannmelle mit Musik nach dem großen Schauspielhaus begeben, wo eine musikalische Aufführung stattfinden wird, nach deren Schluß der Reichspräsident und die Reichsregierung auf die Freitreppe herabsteigen. Der Reichspräsident wird eine kurze Ansprache halten, worauf unter den Klängen des Deutschlandliedes ein Vorbeimarsch an dem Reichspräsidenten stattfinden wird.

Angedichtiges britisch-russisches Übereinkommen.

Beschleierungsverträge Polonus im Unterhaus.

London, 6. August. Im Unterhaus teilte Lord Curzon mit, daß mit der russischen Delegation heute nachmittags ein endgültiges Übereinkommen erzielt worden sei. Dieser seien ein Handelsvertrag und ein allgemeiner Vertrag abgeschlossen worden. Der allgemeine Vertrag enthalte ein Angehöriges der Verpflichtungen gegenüber den Obligationen der russischen Regierung und eine Versicherung, daß sie mit den Obligationen der russischen Regierung in einem Verträge niedergelegt werden. Die britische Regierung würde alsdann dem Parlament auf Grund dieses Vertrages einen Vorschlag unterbreiten, durch den der russischen Regierung eine Anleihe garantiert werden solle, über deren Betrag und Bedingungen dann ebenfalls entschieden werden solle. Er hoffe, der Vertrag werde morgen unterzeichnet werden. Die Regierungsschulden und Interventionen der russischen Regierung seien einwilligend gestellt. Nach Lord Curzon erlaßt Mac Kell das Wort, der erklärte, das archaische Ergebnis der monatelangen schwierigen Verhandlungen sei, daß die russische Regierung und die Obligationen der russischen Regierung zu verhandeln. (Nach dem bei der Opposition.) Das Ganze sei eine große Komödie und das Versprechen, eine Anleihe zu garantieren, sei ein Skandal. Lord Curzon sagte, das Ganze sei ein Vertrag, bei dem alle wesentlichen Zahlen weg gelassen worden seien. Er finde es bedenklich, das Problem ohne die Krone der interalliierten Schulden zu erledigen. (W. T. B.)

Eine neue parlamentarische Niederlage Macdonalds.

London, 7. Aug. Die englische Regierung hat gestern Abend im Oberhaus abermals zwei Niederlagen erlitten, und zwar nach der Verurteilung eines Gesetzesentwurfes über die Lohnung der landwirtschaftlichen Arbeiter.

Die Wut der französischen Presse über Lond Georges Ruhrfragen.

Paris, 7. Aug. „Journal des Debats“ beschäftigt sich eingehend mit der im englischen Unterhaus aufgeworfenen Frage der Ruhr. Diese Frage stelle den schwächsten Punkt des offiziellen Vortrags dar und sei zu befürchten, daß die Deutschen ihre Anträge an diesem Punkte einbringen würden. Es sei bedauerlich, daß Lord Georges im Unterhaus den Deutschen ausweismachen die Argumente für die militärische Räumung der Ruhr vorweggenommen habe. Die durch ein halbes Dutzend Anträgen verbrämten deutschfreundlichen Behauptungen Lord Georges hielten durch ihren Ton einen wahren Stachel und eine Grobheit dar. Wenn Macdonald der Meinung sei, daß man sich über die Bedingungen einlassen könne, so habe Frankreich keine Einwendungen. Frankreich wolle die Ruhr nicht unbeschränkt behalten. Es lehne den Gedanken, über die Räumung mit den Deutschen im Austausch gegen einen deutschen Handelsvertrag zu verhandeln, nicht ab. Dieser Vertrag müsse aber unterzeichnet sein, bevor die Räumung vollzogen werde.

Der Chef der französischen Ingenieurkommission im Ruhrgebiet, Franzen, sagte dem Vordner Vertreter der „Information“ u. a.: Zum ersten Male seit dem Waffenstillstand sei das Angebot an Kohlen seitens Deutschlands größer gewesen, als die Nachfrage. Diese Tatsache lasse auf die Kreditnot und die schwere Wirtschaftskrise Deutschlands höchst bezeichnende Schlüsse ziehen.

Das Abkommen im Organisationskomitee IV.

Paris, 7. August. Der Sonderberichterstatter des „Welt Parisien“ meldet über das Ergebnis der Arbeiten im Organisationsausschuss über die auf Grund des Dawes-Vertrages veränderten deutschen Budgeteinnahmen. Das vorläufige Abkommen lautet:

1. Die Bestimmungen erfordern nicht die Annahme eines neuen deutschen Gesetzes. Die Unterzeichnung des Protokolls erscheint ausreichend.
2. Dem Mobilfahrtsindex liegt die deutsche Statistik zugrunde. Die Berechnung des Index wird von einem gemischten Ausschusse überwacht.
3. Der Ausschuss kann seine Vollmachten während der Periode der Totalkontrolle ausüben, ohne daß die Zustimmung des Generalagats für die Reparationszahlungen nötig ist. Seine Konstitution ist ausreichend.
4. Das Protokoll umfaßt eine Bestimmung, in der die deutsche Politik gegen jede Einmischung geschützt wird.
5. Die Kosten der normalen Kontrolle werden auf die Annuitäten berechnet; die weiteren Kosten trägt jedoch die deutsche Regierung. Der Berichterstatter fügt hinzu: Wenn die Reparationskommission bereits den Bericht erhalten habe, so könne sie heute dazu Stellung nehmen. (W. T. B.)

Der Greifswalder Zwischenfall.

Berlin, 7. August. Zum Greifswalder Tumult war gemeldet worden, daß das Auswärtige Amt auf die Anfrage des Regierungspräsidenten in Straßburg die Weisung erteilt habe, die Franzosen hätten die Einreiseerlaubnis für Vorträge erhalten und es sei nicht erwünscht, wenn etwas gegen das Auftreten des Barbusse in Deutschland unternommen würde. Man solle ihn vielmehr besser gewähren lassen und das Auswärtige Amt wolle, daß ein Vorgehen in der deutschen Presse gegen Barbusse unterbleibe. Dazu wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß das Auswärtige Amt von der Versammlung, in der Barbusse einen Vortrag halten wollte, erst Kenntnis bekam, nachdem die Versammlung von den zuständigen lokalen Behörden bereits genehmigt war. Infolgedessen kam für das Auswärtige Amt die Möglichkeit eines Eingreifens überhaupt nicht in Frage. Die Zahl der Verwandten in Greifswald ist erheblich. Ein Student liegt mit einer schweren Schädelverletzung, die von einem Seitengewehr herrührt, im Greifswalder Krankenhaus. Der französische Redner Gormet ist nach Straßburg abgereist, wo er in einer größeren Versammlung sprechen sollte. Die Straßburger Polizei hat aber die Versammlung in letzter Stunde verboten.

Verhärfung des russisch-polnischen Konflikts.

Warschau, 7. August. Der durch einen Bandenüberfall auf den Grenzort Stolbze hervorgerufene russisch-polnische Konflikt hat durch einige neue Vorfälle eine Verhärfung erfahren. In Petersburg sind zwei Mitglieder der polnischen Revolutionskommission verhaftet worden, was den polnischen Außenminister dazu veranlaßt, die sofortige Freilassung zu fordern. Andererseits hat die Warschauer Polizei gestern den Beamten der Sowjetagentenschaft Kowalski verhaftet, weil er große Mengen kommunistischer Proklamationen aufbewahrt hatte. Die Truppen, die Stolbze ausgedrängt haben, sollen größtenteils aus Soldaten der Roten Armee bestanden haben.

Die Spannung auf dem Balkan.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Sofia, 7. August. „Corriere della Sera“ meldet aus Sofia: Hier haben serben- und griechenfeindliche Demonstrationen stattgefunden. In Sofia wurden 18 Serben vom Konsulat als mißhandelt festgehalten. Die bulgarische Presse bringt Alarmtelegramme von serbischen und griechischen Truppenkonzentrationen an der Grenze, die aber als nicht richtig festzustellen sind.